Gesellschaft in Geiselhaft: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für weniger Arbeiten und gleichzeitig mehr Lohn?

Darf man Gewerkschaften eigentlich noch kritisieren? Oder muss man alles hinnehmen, was die tun – als einfacher Bürger, als Unternehmer oder auch als Staat? Fast scheint es mir so, und deswegen erlaube ich mir, das heute mal zu hinterfragen.

Die Gewerkschaft ver.di zum Beispiel startet heute mit einem Warnstreik, der den öffentlichen Personennahverkehr bis etwa Sonntagmorgen weitgehend lahmlegen soll. Busse, Trams und U-Bahnen sollen für 48 Stunden in den Depots bleiben. Berlin ist besonders betroffen, aber auch Großstädte wie München, Nürnberg, Frankfurt/M., Kassel und so weiter.

Gerade Berlin – das sich manche, die demnächst wieder hier die Regierung hier stellen könnten, gerne als autofreie Stadt wünschen.

Wie macht man das eigentlich als Arbeitnehmer in einer „autofreien Stadt", wenn Gewerkschaften den öffentlichen Personennahverkehr in Geiselhaft nehmen? Mit dem Fahrrad oder Schlauchboot auf Schicht und das Bruttosozialprodukt steigern?

Und für was überhaupt?

ver.di zum Beispiel fordert in den kommunalen Verkehrsbetrieben unseres Landes „Erleichterungen für die Beschäftigten". Kürzere Wochenarbeitszeiten und in Bayern, Brandenburg, Saarland, Thüringen sowie bei der Hamburger Hochbahn geht es – was sonst – um höhere Löhne und Gehälter.

Weniger Arbeit, mehr Geld – das hätte ich auch gern, aber keine Chance.

Wenn Sie Unternehmer sind und Krise ist, dann sind Sie am Ar…, da hilft Ihnen niemand. Und wenn Sie es doch schaffen – viele Unternehmer und Existenzgründer sind clever, und sie schaffen es mit harter Arbeit, Ideenreichtum und Improvisationsvermögen dann doch wieder, erfolgreich zu bleiben und Geld zu verdienen –, dann kommt Frau Reichinnek, die mit dem von uns bezahlten A 8, und will es Ihnen wegnehmen.

Der Wert von Selbstständigkeit, Unternehmertum und Risikobereitschaft wird in Deutschland überhaupt nicht wertgeschätzt. Stattdessen schafft man Regeln über Regeln, regiert in die Unternehmen hinein, baut bürokratische Hemmnisse en masse auf.

Wenn alle nur noch angestellt arbeiten – beschäftigt am besten beim Staat und seinen Unternehmen –, dann gibt es keinen Wohlfahrtsstaat mehr wie den unseren. Aber erklären Sie das mal denen, die unkündbar beim Staat oder mit üppigen Versorgungsansprüchen beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk ihr Dasein fristen!

Demnächst ist Betriebsratswahl bei Tesla in Grünheide (Brandenburg)

Tesla-Boss Elon Musk hat die Belegschaft – fast 11.000 Leute – in einer aktuellen Videobotschaft gewarnt, die IG Metall zu wählen. Das ist erst einmal ungewöhnlich, vor allen Dingen, weil seine ‚Gigafactory' in der Provinz, die aus guten Gründen dort Grünheide heißt, ein echter Glanzpunkt für das an Glanzpunkten arme Brandenburg ist.

Zwar ist die IG Metall auch bisher schon die stärkste Gruppe im Betriebsrat, aber eine absolute Mehrheit will Musk nicht. Und ich kann ihn verstehen, weil das, was die IG Metall will – 35-Stunden-Woche bei vollem Bezügen zum Beispiel – die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden würde. Musk, ein global mega-erfolgreicher Unternehmer, setzt auf direkte Kommunikation mit seinen Mitarbeitern und sagt, er brauche keine Vermittlung durch ‚externe' Organisationen wie Gewerkschaften.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die IG Metall in Grünheide immer wieder Sand ins Getriebe der Gigafactory wirft und – wie Musk sagt – Unruhe stiftet. Musk droht deshalb indirekt sogar damit, den Ausbau der sogenannten „Gigafactory" zu stoppen, wenn die IG Metall die Wahl gewinnt. Oder wie er es genau gesagt hat in seiner Videobotschaft: „Nun, die Dinge werden sicherlich schwieriger, wenn es sozusagen externe Organisationen gibt, die Tesla in die falsche Richtung drängen."

Bei der vergangenen Betriebsratswahl 2024 stellte die IG Metall die größte Gruppe, die Sitzmehrheit ging aber an nicht gewerkschaftlich organisierte Vertreter. Musk will verhindern, dass ein mächtiger, feindlich gesinnter Block sein unternehmerisches Handeln beeinträchtigen könnte. Jeder Unternehmer würde das tun.

Gewerkschaften und Betriebsräte sind im Grunde natürlich wichtig und eine gute Sache. Man muss ja „die Leute mitnehmen", sie anständig vertreten und dafür sorgeen, dass die Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens teilhaben. Das ist Soziale Marktwirtschaft pur.

Wenn die Eigentümer Gewinne einfahren, ist es gut und richtig, wenn auch die Belegschaft daran partizipiert. Aber, liebe Freunde, was ist eigentlich, wenn Unternehmen in die Krise rutschen, gar von Insolvenz bedroht sind und sich verschulden müssen? Wo ist die Gewerkschaft, wo sind die Politik, die dann kommen und sagen: Jetzt müssen wir aber mal Gehalt kürzen oder wenigstens zwei Stunden in der Woche mehr arbeiten?

Ja, ich weiß, auch das hat es immer mal gegeben, wenn große Unternehmen sanieren mussten, um nicht pleite zu gehen. Geschenkt!

Aber in einer Zeit, in der sich Deutschlands Wirtschaft – und damit das ganze Land – in einer schweren Krise befindet, in der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt, in der jeden Monat 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren gehen, in der im Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Automobilbranche die Zahlen so schlecht wie selten sind – ist das die richtige Zeit für Streiks um weniger Arbeiten, aber gleichzeitig mehr Gehalt bekommen? Ist das die Aufgabe von Gewerkschaften?